

Beziehungsstatus: schwierig

Die geplante Basler Spitalfusion zeigt, wie schwierig die Beziehung zwischen Stadt und Land auch heute noch ist. Die Schuld dafür schiebt man sich gegenseitig in die Schuhe.

Durch die Fusion des Universitätsspitals Basel mit dem Kantonsspital Baselland sollen zusätzliche Synergien **von** mindestens 70 Millionen Franken im Jahr erzielt werden.

(Bild: Gaeten Bally / Keystone)

Manchmal wiegt die Vergangenheit schwer. Auch in den beiden Basel: 1830 erhob sich auf dem Land Widerstand gegen die systematische Ungleichbehandlung durch die Stadt. Im Parlament stellte diese 90 **von** 154 Mitgliedern, obwohl sie deutlich weniger Einwohner hatte als die Landschaft. Der Konflikt eskalierte und führte zur Abspaltung des Baselbiets. Im sogenannten «Niemals-Beschluss», wurde 1861 festgehalten, «dass der Kanton Basel-Landschaft zu einer Wiedervereinigung mit Basel-Stadt niemals Hand bieten» werde. Seither wurden drei erfolglose Versuche unternommen, die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft wieder zu vereinen. Zum letzten Mal 2014.

Nach Ablehnung der Volksinitiative zur Prüfung einer Fusion wurde **von** der Baselbieter Regierung eine «vertiefte Partnerschaft» beschworen. Diese sollte weitergehen als die bisherigen Bemühungen. Passiert ist das Gegenteil: Die angespannte Finanzlage im Kanton Basel-Landschaft und die daraus resultierenden Sparbemühungen belasten die Partnerschaft zu Basel-Stadt zunehmend.

Gleiche Stimmrechte

Jüngstes Beispiel für die Ressentiments ist die geplante Fusion des Universitätsspitals Basel (USB) mit dem Kantonsspital Baselland (KSBL) zu einer Spitalgruppe. Mitte September

präsentierten

die Gesundheitsdirektoren der beiden Basel, der Basler CVP-Regierungsrat Lukas Engelberger und sein Baselbieter Amtskollege Thomas Weber (svp.), die Details des Zwischenberichts: Durch den bis 2020 angestrebten Zusammenschluss sollen zusätzliche Synergien **von** mindestens 70 Millionen Franken im Jahr erzielt werden. Trotz den unterschiedlichen Substanzwerten (Ende 2015 wären so 71,5 Prozent auf Basel-Stadt entfallen) sollen an der vorgesehenen gemeinnützigen Aktiengesellschaft beide Basel gleiche Stimmrechte erhalten.

Hat Basel-Stadt in der neuen Organisation also mehr Geld drin, Baselland aber gleich viel zu sagen? «Damit die Gruppe die geplanten Synergien erzielen kann, braucht es beide Partner gleichermaßen», sagt Olivier Kungler, Generalsekretär der Baselbieter Gesundheitsdirektion. «Erbsen zählen macht hier keinen Sinn.»

Ein Graben tut sich auf

Die kritischen Reaktionen der Parteien liessen dennoch nicht lange

auf sich warten

. Vor allem zwischen der städtischen LDP und der Baselbieter SVP zeigte sich ein tiefer Graben. Aus Sicht der LDP, frühere Vertreterin des Basler Grossbürgertums, heute Sprachrohr des Gewerbes, gebe es keinen Grund, den Minderheitspartner Baselland im Stimmrecht zu bevorzugen. Der politische Druck, das Spitalwesen zu verbessern, sei in Baselland ohnehin grösser als in der Stadt.

Die Baselbieter SVP hingegen äusserte die Meinung, wonach die abschliessende Bewertung der beiden Spitalunternehmen keineswegs alleine aufgrund der Substanzwerte erfolgen dürfe; auch die im Baselbiet höheren Ertragswerte müssten mitgedacht werden. Die Partei werte das ausgeglichene Stimmenverhältnis demnach vielmehr als ein Entgegenkommen des Baselbiets. Beide Parteien knüpften die Debatte um die Spitalfusion auch gleich an den umstrittenen Universitätsvertrag (siehe Box).

FDP im Sog der SVP

Dass gute Beziehungen zwischen Stadt und Land grundsätzlich wichtig sind, wissen sowohl SVP als auch LDP. **Patricia von** Falkenstein, Präsidentin der Liberalen, sagt, dass nirgendwo sonst in der Schweiz über Kantons Grenzen hinweg so eng zusammengearbeitet werde wie in den beiden Basel. **Von** einer vertieften Partnerschaft seit Ablehnung der Fusions-Initiative durch das Baselbiet merke aber auch sie nichts. Rückblickend sagt sie: «Die Situation hat sich sogar verhärtet.»

Ihrer Meinung nach besteht die Krise in erster Linie im Baselbiet, dort sei sich die Regierung nicht im Klaren, wohin die Reise gehen soll. Die Regierung müsse sich entscheiden, was sie in Zukunft erreichen wolle. Es brauche klare Zeichen, die bisher nur **von** der SVP gesendet würden.

Baselbieter wollen selbständig sein

Oskar Kämpfer, Baselbieter SVP-Landrat sagt: Verträge müssten für beide stimmen, was längst nicht immer der Fall sei. «Wir haben vor 10, 15 Jahren den falschen Weg eingeschlagen. Diesen gilt es nun zu korrigieren», so Kämpfer. Die Vereinbarungen sollten überarbeitet werden, so dass beide zufrieden seien. **Von** einer «vertieften Partnerschaft» mit Basel will auch Kämpfer nichts wissen: «Das hat nur die Regierung so gesehen. Das Baselbieter Stimmvolk hat signalisiert, dass es selbständig sein will.»

Auch dem Parteipräsident der Baselbieter SP, Adil Koller, ist bewusst, dass nicht alles in Ordnung ist. Der Graben werde aber in erster Linie **von** der städtischen LDP und der Baselbieter SVP bewirtschaftet. Wolle man eine gute Partnerschaft erreichen, müsse man «über den Tellerrand schauen». Koller kritisiert die rechte Regierung im Baselbiet: «Sie zerschlägt viel Geschirr mit ihrem Abbaukurs auf Kosten der gemeinsamen Institutionen.» Und der Basler FDP-Parteipräsident Luca Urgese ergänzt: Während die Regierungen Lösungen suchen sollten, stünden die Parteien in der Verantwortung, angemessen und sorgfältig zu kommunizieren. «Aggressive Töne bringen nichts.»

Spitalfusion an Universitätsvertrag geknüpft

zas. In der Diskussion um die geplante Spitalfusion knüpfte der abtretende LDP-Bildungsdirektor Christoph Eymann die Zustimmung der Basler Regierung zum Projekt an die Haltung des Partnerkantons zur Finanzierung der Universität Basel, also an den Universitätsvertrag, einen **von** rund hundert interkantonalen Vereinbarungen wie der Kulturvertrag oder der Vertrag über den Verkehrsverbund Nordwestschweiz. Sollte Basel-Landschaft die Finanzierung der Universität aus Spargründen wesentlich zurückfahren, würde der gemeinsamen Gruppe nicht zugestimmt. Die Trägerschaft der Universität müsse paritätisch und mit nachhaltiger Finanzierung gesichert sein. Die Drohkulisse kam

nicht überall gut an

. Die Baselbieter SVP äusserte auch gleich die gegenteilige Forderung, wonach die Kosten für die universitäre Forschung klar auszugrenzen und durch das Budget der Universität zu tragen seien. Derzeit laufen die Verhandlungen zwischen den Regierungen. Es wird versucht, eine einvernehmliche Reduktion des **von** beiden Kantonen zu tragenden Restdefizits zu erreichen. Dank dem 80-Millionen-Deal, gemäss welchem Basel-Stadt **von** 2016 bis 2019 einen Beitrag **von** jährlich 20 Millionen Franken an das finanziell angeschlagene Baselbiet zahlt, läuft der Universitätsvertrag bis dahin ungekündigt weiter.

Mehr zum Thema

von Valerie Zaslowski, Basel

NZZ Online